

# Eritreas Regime ist vom Frieden bedroht

Trotz der Übereinkunft mit Äthiopien wird der unbefristete Militärdienst im ostafrikanischen Land wohl nicht so bald aufgehoben.

von David Signer, Dakar 14.7.2018



Eritreische Soldaten und Soldatinnen bei einem Aufmarsch anlässlich des Unabhängigkeitstages. (Asmara, 24. Mai 2007) (Bild: Jack Kimball / Reuters)

Das Tempo, mit dem die Annäherung zwischen den Erzfeinden Äthiopien und Eritrea vorangetrieben wird, ist erstaunlich. Seit dieser Woche gibt es wieder Telefonverbindungen zwischen den beiden Ländern, ab nächster

Woche wieder eine direkte Flugverbindung zwischen den Hauptstädten Addis Abeba und Asmara.

Gestern Samstag schliesslich besuchte Eritreas Präsident Isayas Afewerki erstmals seit 22 Jahren das Nachbarland, wo ihn Regierungschef Abiy Ahmed feierlich begrüßte. Der 41 Jahre junge äthiopische Ministerpräsident ist die treibende Kraft hinter dem Entspannungsprozess. Er ist erst seit April im Amt, hat aber in dieser Zeit sein Land umgekrempelt – und den Frieden mit dem Erzfeind Eritrea gesucht.

## **Historische Umarmung**

Vor einer Woche hatten sich Abiy und Afewerki bereits in Eritrea getroffen und mit einer historischen Umarmung einen Schlusstrich unter Jahrzehnte der Feindseligkeiten gezogen. Allein der Krieg von 1998 bis 2000 zwischen den beiden Ländern am Horn von Afrika hatte schätzungsweise 80 000 Tote gefordert. Im Jahr 2000 wurde zwar in Algier ein Friedensvertrag geschlossen. Doch erst vor gut einem Monat kündigte Abiy an, diesen bedingungslos zu akzeptieren. Dazu gehört etwa die Rückgabe der umstrittenen Grenzstadt Badme an Eritrea.

Afewerki wurde von der Initiative Abiys offensichtlich überrumpelt. Aber es blieb ihm nicht viel mehr übrig, als den angebotenen Ölweig anzunehmen. Nun stellt sich die Frage, was das für sein repressives Regime bedeutet, insbesondere für den unbefristeten Nationaldienst, der so viele junge Eritreer Reissaus nehmen lässt. In der Schweiz etwa beantragen derzeit etwa 250 Eritreer jeden Monat Asyl. Ein wichtiger Grund dafür ist laut dem Staatssekretariat für Migration der Nationaldienst.

Offiziell dauert dieser für alle Männer und Frauen obligatorische Militärdienst 18 Monate, aber er kann willkürlich verlängert werden. Einige leisten dabei Dienst an der Waffe, viele werden aber auch einfach zu verschiedenen Fronarbeiten, zum Beispiel im Strassenbau oder im Steinbruch, eingesetzt. Oft dient der Dienst nicht dem Gemeinwohl, wie offiziell behauptet wird, sondern den oberen Chargen der Regierung und des Militärs.

Ein Zehntel der Bevölkerung ist derzeit in diese institutionalisierte Zwangsarbeit eingespannt, die es dem Staat zudem ermöglicht, seine Bürger wie in einer Kaserne zu kontrollieren. Wer desertiert, wird mit

Internierung bestraft. Eine Untersuchungskommission des Uno-Menschenrechtsrats sprach von «Sklaverei». Gerade für gebildete und ambitionierte Eritreer ist unter solchen Umständen an ein selbstbestimmtes Fortkommen, aber auch an eine Familiengründung nicht zu denken.

Vermutlich hat die ausgestreckte Hand Abiys den 72-jährigen Afewerki in eine arge Zwickmühle gebracht. Das Friedensangebot rundweg ablehnen konnte er nicht, ohne als Kriegsgurgel dazustehen. Aber eine Entspannung mit dem grossen Nachbarn entzieht Afewerkis Militärstaat die Existenzgrundlage.

Denn die Zensur, die Inhaftierung von Oppositionellen, die Unterdrückung aller demokratischen Bestrebungen, die Überwachung – all das wurde mit der äthiopischen Bedrohung begründet. Liberale Reformen, wie sie Abiy in Rekordzeit in seinem Land durchgesetzt hat, kann man sich in Eritrea kaum vorstellen. Vor allem nicht, solange Afewerki noch an der Macht ist.

Seit der Abspaltung Eritreas von Äthiopien im Jahr 1993 ist Afewerki Präsident des Landes und Chef der sogenannten Übergangsregierung. 1997 wurde im Einparteistaat eine Verfassung verabschiedet, die aber bis heute nicht in Kraft ist. Kontakte pflegt Afewerki nur zu anderen autoritären Regimen, beispielsweise in China, Iran oder Kuba. Sonst ist das Land international isoliert.

## **Afewerki unter Zugzwang**

Etwa ein Fünftel der eritreischen Bevölkerung lebt im Ausland. In der Schweiz sind es derzeit rund 37 000. Es ist gut möglich, dass sich die Frustration unter den Eritreern bei einer Lockerung der Repression dammbruchartig über das Land ergiessen würde. Darum gibt es wohl nur zwei Optionen: Entweder wird die totale Kontrolle aufrechterhalten, auch wenn sie sich kaum noch durch einen äusseren Feind legitimieren lässt. Oder es kommt zu einer radikalen Kehrtwende.

Abiy hat Afewerki mit seinem Entgegenkommen wahrscheinlich mehr in Gefahr gebracht, als es die jahrelange militärische Aggression und Drohung aus Addis Abeba jemals vermochte. Aber vorderhand sitzt der alte Despot immer noch fest im Sattel, und nichts deutet auf einen Kurswechsel und die Abschaffung des Nationaldienstes hin.

Insofern war ein diese Woche publizierte Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in St. Gallen vielleicht etwas voreilig. Demnach können abgewiesene eritreische Asylsuchende jetzt auch dann in ihre Heimat weggewiesen werden, wenn sie dort in den Nationaldienst einberufen werden könnten.